

Diese Woche

Von Michael Robrecht



Wer akzeptiert »Klimaschutz first?«

Eines muss man sagen: Den Parteien im linken Teil des politischen Spektrums ist das Gespür für den Zeitgeist nicht abhanden gekommen. Und so war es möglich, dass im Rat Höxter etwas geschehen ist, für das es über Jahrzehnte hier nie Mehrheiten gab: Eine zeitnahe Reaktion auf eine Demonstration (»Fridays for Future«-Demo) und einen politischen Vorstoß (Jusforderung nach Klimanotstand). Zeitenwende in Höxter. Bemerkenswert war, dass es einen breiten Konsens im Rat für mehr lokalen Klimaschutz gab. Form und Weg sind jedoch zurecht umstritten. Viele sind sich klar darüber, dass weder Schulstreiks, noch Klimanotstandserklärungen oder wohl formulierte Pamphlete die ökologische Krise lösen und am Lauf der Dinge wirklich etwas ändern. Ist der »Klimanotstand« eine ideologische Luftnummer, die nur Staub aufwirbelt? Nein. Das Thema lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass man lokal durchaus mehr für Klimaschutz tun kann. Und das ist gut so.

Als Stadt allein kann man den Klimawandel nicht aufhalten. Aber viele wollen auch nicht

warten, bis die Bundes- und die Landespolitik konkretere Vorgaben macht. Von Herford bis Kiel erklären immer mehr deutsche Städte den Klimanotstand. Doch was bedeutet das überhaupt? Und was bringt das für den Klimaschutz? Wird Höxters Bürgermeister Fischer der Dienstwagen gestrichen? Fährt er bald mit dem Fahrrad ins Stadthaus? Wird ernsthaft darüber nachgedacht, ob die Landesgartenschau mit zehntausenden anrollenden Diesel-Autos nicht Höxters CO₂- und Klimabilanz total zerstört und deshalb das Projekt aufgegeben werden muss? Könnte die Innenstadt vor dem Verkehrskollaps gerettet und verkehrsfrei gemacht werden? Kippen Großprojekte, um Geld für Energiedämmung und Umweltschutz auszugeben? Das kann es nicht sein.

Notstand! Das klingt nach Ausgehverbot, Revolution und Apo 1968. Aber: Mit den Notstandsbeschlüssen reagieren immer mehr Kommunen auf die Forderung der Klimaaktivisten, die mächtig Druck machen und über ihren politischen Arm, »Die Grünen«, Umfragen und Wahlen gewinnen. Die Bewegung »Fridays

for Future« ist also in kurzer Zeit im Rathaus angekommen. Und da wollen viele Parteien nun nicht mehr im Abseits stehen.

Doch was die einzelnen Städte aus dem Klimanotstand machen, ist unterschiedlich. Der Gemeinderat von Konstanz, der im Mai als erster für eine deutsche Stadt den Klimanotstand ausrief, will die klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten, ein neues Mobilitätsmanagement oder ein Energiemanagement für städtische Gebäude. Oberbürgermeister Uli Burchardt kündigte tatsächlich an, künftig auf seinen Dienstwagen verzichten zu wollen. In Kiel gibt es mehr Elektrobusse und Fahrspuren für Fahrradfahrer sowie Änderungen bei der Straßenbeleuchtung. Bei Beschaffungen könnte immer geprüft werden, ob es klimafreundlichere Alternativen gibt. Das ist eigentlich in Höxter nichts Neues, es steht tatsächlich alles im Klimaschutzkonzept von 2015, das unangewandt in den Schubladen im Stadthaus schlummert. Warum eigentlich? Die »Fridays for Future«-Bewegung sagt: Ihr seid nicht schnell genug. Höxter war zwar schnell, hat dann aber aus Geldmangel vieles zurückgestellt. Genau das ist der Knackpunkt: Klimaschutz kostet Geld. Dieses Geld zahlt niemand anderer als der Bürger.

Dennoch: Es geht darum, Klimaschutz eine größtmögliche Priorität zu geben, ohne andere wichtige Ziele für die Stadt auszublenzen. Das würden die Bürger nicht akzeptieren. Höhere Steuern und Gebühren auch nicht. Und genau da hat »Klimaschutz first« seine Grenzen.